Der oberschlesische Wanderer

Nr. 43
97. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Freitag, den 20. Februar 1925

Postscheck-Konto Breslau 1382 | Telegramme Wanderer Gleiwitz | Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171. 172. 231.

Preis: 15 Goldpfennig, für poln. Oberschl. 20 Groschen

Heute: Oberschlesien im Bild

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 270, in Poln.-Oberschl. monatl. 8½ Zloty, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 8½ Zloty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 Zloty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Frankreichs später Friedensschluß

Cb. Basel, 20. Februar. (Eig. Ber.) Die Baseler Nachrichten melden aus Paris: Caillaux hat seit Jahren zum ersten Mal in Paris eine politische Rede gehalten. Er sagte unter tosendem Beifall seiner Zuhörer: „Wir haben vermieden, rechtzeitig Frieden zu schließen. Der Sieg, den wir errungen haben, wird uns teurer, als uns ein Frieden ein Jahr früher gekostet hätte."

Der Streit mit Rumänien

Von unserem Berliner Vertreter.

Die rumänische Regierung hat die Drohungen, die sie Deutschland gegenüber ausgesprochen hat, in keinem Umfange wahrgemacht. Die angekündigten Repressalien sind noch nicht in der schroffen Form zur Ausführung gelangt, wie es nach den ersten alarmierenden Berichten den Anschein hatte, aber trotzdem beurteilt man die Lage in dem Berliner Auswärtigen Amt nach wie vor sehr ernst. Die deutsche Regierung ist grundsätzlich nicht in der Lage, die rumänischen Forderungen auf eine deutsche Sonderentschädigung zu erfüllen. Die deutschen Reparationsverpflichtungen sind durch das Dawesgutachten vorläufig geregelt worden. Darüber hinaus kann und wird die deutsche Regierung keinerlei Sonderforderungen anerkennen. Wir glauben zu wissen, daß die alliierten Regierungen nichts unternehmen werden, um Rumänien den Rücken zu stärken, denn sie haben dazu nicht nur keine Veranlassung, sondern es würde auch ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen, wenn sie Deutschland der Gefahr aussetzen würden, dauernd mit neuen Forderungen von den kleineren assoziierten Staaten belästigt zu werden. Auf der anderen Seite muß das Auftreten Rumäniens gegenüber Deutschland auf die ganze zivilisierte Welt geradezu alarmierend wirken. Wie kann der Frieden Europas gewährleistet werden, wenn sich ein kleiner Staat wie Rumänien herausnimmt, eine europäische Großmacht herauszufordern und ihr mit gewalttätigen Repressalien zu drohen? Nach den im Berliner Auswärtigen Amt vorliegenden Mitteilungen kann möglicherweise damit gerechnet werden, daß die Regierungen in London und Paris Rumänien eine ernsthafte Warnung zugehen lassen werden, doch das ist nicht Sache Deutschlands, denn die deutsche Regierung kann ihrerseits nur darauf bestehen, rechtswidrige Forderungen Rumäniens abzulehnen. Obwohl im gegenwärtigen Stadium der Dinge in den deutschen Regierungskreisen zu der Haltung Rumäniens noch nicht Stellung genommen worden ist, hält man es für angebracht, wenigstens andeutungsweise durchblicken zu lassen, daß die deutsche Regierung den rumänischen „Repressalien" gegenüber ernste Gegenmaßnahmen ergreifen wird.

Was die Streitfrage zwischen Deutschland und Rumänien betrifft, so handelt es sich um die Forderung der rumänischen Regierung, Deutschland solle die während der deutschen Okkupation in Rumänien ausgegebenen Banknoten in rumänischer Währung zurückerstatten. Rumänien fordert dabei die wahnsinnige Summe von etwa zwei Milliarden, von deren Bezahlung durch Deutschland absolut nicht die Rede sein kann. Noch vor ganz kurzer Zeit hatte der rumänische Finanzminister in Paris eine Aussprache mit dem deutschen Botschafter von Hoesch, die aber resultatlos verlief. Merkwürdig ist jedenfalls der Umstand, daß die rumänische Regierung es bis heute noch nicht für notwendig gehalten hat, die gegen Ende Januar in Bukarest überreichte Note der deutschen Regierung der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, obwohl in der deutschen Note ausdrücklich ein Vergleichsvorschlag gemacht worden ist, demzufolge Deutschland Rumänien mit einer durchaus angebrachten Entschädigungszahlung von 50 Millionen Goldmark abfinden wollte. Wenn jetzt Rumänien den Weg gewaltsamer Repressalien beschreiten sollte, so schädigt es sich nur selbst, denn die deutsche Regierung würde in diesem Falle darauf bestehen, daß der daraus entstehende Schaden für deutsche Staatsangehörige von Rumänien wieder gutgemacht werden wird.

Einigung mit Frankreich

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 19. Februar.

In den Berliner politischen Kreisen verlautet soeben, daß es gelungen sein soll, mit der französischen Regierung zu einer grundsätzlichen Einigung über die Wirtschaftsverhandlungen zu kommen. Schon in wenigen Tagen könnten die Verhandlungen zwischen den Delegationen fortgeführt werden, und es bestehe trotz einiger unwesentlicher Unstimmigkeiten die Aussicht, daß ein modus vivendi zustande kommt. Weiter erfährt man, daß die neuen Instruktionen, die Staatssekretär Trendelenburg erhalten hat, bei der französischen Regierung eine ziemlich günstige Aufnahme gefunden haben.

Ergebnisse des Kontrollberichts

2700 Verfehlungen Deutschlands. — Als Beweise dienen Berichte der deutschen Presse. — Die Militärkontrolle bis 1. April 1926 verlängert

(:) Genf, 20. Februar. (Privattelegramm). Die erste französische Zeitung, die von den Ergebnissen der Beratungen des Militärrates über die Entwaffnung Deutschlands schreibt, ist der nationalistische Temps. Dem Blatte zufolge hat sich der Militärrat einstimmig dahin entschieden, daß die deutsche Entwaffnung als nicht durchgeführt anzusehen sei, und daß die Verlängerung der Kontrolle bis 1. April 1926 vorzuschlagen ist.

Genf, 20. Februar. Der „Matin" meldet: Aus dem Schlußbericht ist mitzuteilen, daß Deutschland die gewaltige Zahl von 2700 Verfehlungen gegen die Entwaffnungsverpflichtungen vorgeworfen werden. Der alliierte Militärrat kann keinen anderen Ausweg sehen, als neben der Verlängerung der Kontrolle ihre wesentliche Verschärfung herbeizuführen. Die meisten Verfehlungen wurden dadurch festgestellt, daß Anzeigen bei dem Chef der Kontrollkommission, besonders von der Pressestelle der Kommission eingingen, die sie erfreulicherweise aus deutschen Zeitungen entnehmen konnte, so daß kein Abeugnen Deutschlands etwas helfen wird. Natürlich ist mit den „deutschen Zeitungen" jene Presse gemeint, die sich seit Monaten in sogenannten Enthüllungen über die Reichswehr, Schwarzschild, Ebert-Rade und [illegible] der eigenen Geschäfte des Feindbundes besorgt haben. D. Red.)

Kundgebungen gegen Severing

Cb. Berlin, 20. Februar. In drei Beamten-Versammlungen kam es gestern abend zu neuen schweren Angriffen auf den Innenminister Severing, dessen sofortige Entfernung wegen seiner Belastung in der Richter-Affäre gefordert wird

Rumäniens Drohungen

Berlin, 20. Februar. (Eig. Ber.) Ueber den Konflikt mit Rumänien liegen bis heute früh Nachrichten vor, wonach die Beschlagnahme der deutschen Vermögen in Rumänien erst am 1. März in Kraft treten soll. Inzwischen ist der gesamte Güterverkehr zwischen Deutschland und Rumänien zur Einstellung gelangt. Sowohl aus Berlin, wie aus München reisen die Rumänen in ihre Heimat zurück. Der deutsche Gesandte in Bukarest wird morgen in Berlin erwartet. Nichts deutet darauf hin, daß, wie Herr Stresemann hoffte, die Rumänen Einsicht annehmen und ein folgenschwerer Zollkrieg vermieden wird.

Zürich, 20. Februar. (Privat.) Der Secolo meldet aus Bukarest: Die Deutschen reisen in Scharen aus Bukarest ab, das seit einem Jahre unter einer Invasion von Deutschen stand. Alle nach Belgrad abfahrenden Züge sind überfüllt, die Grenzkontrolle ist so streng, daß die Deutschen keinen einzigen Vermögenswert mitnehmen können. Wie im Krieg haben sich vom Mittwoch an, alle Deutschen persönlich bei der Polizei zu melden. Eine Verfügung des Innenministers verbietet den Polizeibehörden, neue Aufenthaltsbewilligungen für Deutsche über den 1. März hinaus zu erteilen.

(:) Zürich, 20. Februar. Der „Mailänder Corriere della Sera" meldet aus Bukarest: Der rumänische Außenminister hat dem deutschen Gesandten eröffnet, daß die Regierung über die neuen Deutschen Vorschläge nicht verhandeln kann. Da der Gesandte zunächst nach Berlin berichten muß, so setzt die Regierung alle Vorbereitungen fort, um den Wirtschaftskrieg mit Deutschland am 1. März in voller Schärfe in Kraft treten zu lassen.

Triumph Caillaux

TU. London, 20. Februar. Die Londoner Presse gibt die Rede Caillaux ausführlich wieder, nimmt aber nicht Stellung zu ihr. Westminster Gazette gibt der Wiedergabe seiner Rede die Ueberschrift „Triumph des Herrn Caillaux".

(Verg. oben.)

Der Frankensturz

(:) Genf, 20. Februar. Nach kurzem Stillstand an den Auslandsbörsen hat sich am Mittwoch der Sturz des französischen Franken fortgesetzt. In Newyork betrug der Rückgang 5 Punkte, von 5,30 auf 5,22. Nachbörslich wird dem Herald ein starkes Angebot von französischen Kriegsanleihen gemeldet, was den Frankensturz in Newyork mutmaßlich neue Förderung geben wird. In Paris ziehen die Preise langsam, aber stetig an, in St. Antonie kam es am Mittwoch, dem Journal zufolge, vor den Bäckerläden zu mehrfachen Zusammenstößen, weil die Bäcker die Brotpreise allgemein um 4 Sous erhöhten.

Cb. Zürich, 20. Februar. Die neue Züricher Zeitung meldet aus Paris: Der Finanzminister Clementel kündigte gestern in der Kammer an, daß die französische Regierung in Amerika eine 100 Millionen Dollar-Anleihe zur Unterstützung des Franken aufnehmen werde.

Das Vertrauensvotum

Berlin, 20. Februar. (Eig. Ber.) Die Abstimmung im Landtag ist heute früh noch unklar. Die jetzigen Regierungsparteien rechnen damit, daß einzelne Abgeordnete der heutigen Sitzung fern bleiben, so daß sich eine Mehrheit von wenigen Stimmen für das Vertrauens-Votum des gesamten Kabinetts einschließlich Severing ergeben wird.

Wieder heilige Einigkeit

Köln, 20. Februar. (Eig. Ber.) Der Brüsseler Soir meldet aus Paris: Alle Anträge Frankreichs und Belgiens sind in der alliierten Militär-Konferenz angenommen worden. Damit ist die Entscheidung gefallen. Die Beschlüsse des Botschafterrates haben nur noch formale Bedeutung.

Wettrüsten zur Luft

TU. London, 20. Februar. Der englische Luftmarschall erwähnte gestern im Unterhause, daß die Gesamtstärke der französischen Luftflotte ungefähr 40 Geschwader zu je 9 Maschinen betragen. Diese Ziffer schließt die in Bildung befindlichen Geschwader nicht ein, da die französische Regierung bisher hierüber keine Einzelheiten veröffentlicht hat. Demgegenüber stehen die britischen Geschwader von je 11 Maschinen mit insgesamt 30 Geschwadern.

Deutscher Reichstag

Berlin, 19. Februar.

Am Regierungstisch Kommissare der verschiedenen Ministerien.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß die kommunistischen Abgeordneten Schneller und Geschke wegen Verletzung ihrer Immunität Einspruch erhoben haben. Der Einspruch wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der Optionsvertrag mit Litauen wird in dritter Beratung angenommen.

Die Grubenkatastrophe in Dortmund

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Zentrums über die Kontrolle der Sicherheit in den Gruben. Ferner ein Antrag Müller-Franken (S. D.) auf Bereitstellung von Mitteln für Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau.

Abg. Schwan (Kom.) begründet die kommunistische Interpellation. Die Grubenunfälle häufen sich in der letzten Zeit in erschreckendem Maße. Die letzte Grubenkatastrophe in Dortmund sei ein neues Zeichen für die grenzlose Unsicherheit im Grubenbetrieb. Der Redner fordert unverzüglich Maßnahmen zum Schutze der gefährdeten Bergarbeiter, sowie den Ausbau der Rechte der Betriebsräte zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter.

Abg. Imbusch (Zentr.) gibt eine genaue

Schilderung der großen Katastrophe,

bei der nach den endgültigen Feststellungen 136 Bergleute ums Leben gekommen sind. Die Zeche „Minister Stein" sei bisher von größeren Explosionen verschont geblieben. Es war gutes Nebengestein vorhanden, sowie auch die Berieselungsanlage. Die Kohlenstaubsperre war zum Teil fertig, zum Teil im Bau. Für die Sprengungen wurde Sicherheitsbrennstoff verwendet. Der Untersuchungskommission seien keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. (Reichskanzler Dr. Luther erscheint im Saal.) Im Bergbau müssen gute Löhne gezahlt werden. Bei der Miccumentschädigung müssen auch die Arbeiter bedacht werden. Es genüge nicht, die Toten zu beklagen, wir müssen für die Lebenden sorgen. Der Redner fordert ein neues Bergarbeiterschutzgesetz.

Staatssekretär Geib gibt zunächst im Namen des abwesenden Reichsarbeitsministers dem tiefsten Schmerz Ausdruck für die Opfer der Grubenkatastrophe und die Hinterbliebenen, sowie den Dank und die Anerkennung für die Hilfsmannschaften. Die durch öffentliche und private Spenden auch aus dem Auslande gesammelten Mittel haben bereits 1½ Millionen überschritten. Der Staatssekretär stellt dann fest, daß der Bergarbeiterschutz in erster Linie Landessache sei. Bei der Ueberwachung der Sicherheitsvorrichtungen sind die Betriebsräte mit beteiligt. Eine neue gesetzliche Regelung von Reichs wegen auf diesem Gebiete des Bergarbeiterschutzes erscheint nicht notwendig. Die tatsächliche Durchführung dieser Vorschriften dürfte genügen. Ob Verstöße gegen die Bestimmungen vorgekommen sind, wird erst nach Abschluß der schwebenden Untersuchung entschieden werden können. Sollte sich ergeben, daß die Betriebsratsmitglieder mittelbar oder unmittelbar gehindert worden sind, so wird für Abhilfe solcher Mißstände Sorge getragen werden. Das Reichsarbeitsministerium und die beteiligten Stellen werden es gewiß nicht an Tatkraft fehlen lassen. Es wird alles geschehen, um den Verletzten und Hinterbliebenen alle Hilfe zu leisten. Schon am letzten Freitag ist den Hinterbliebenen das Sterbegeld und am Sonnabend die Hinterbliebenenrente ausgezahlt worden. Die Beerdigungskosten hat in großzügiger Weise die Stadt Dortmund übernommen. Es wird auch weiterhin alles geschehen, um die Ursachen des Unglücks zu klären und weitere solche Ereignisse, soweit es in menschlichem Ermessen steht, zu vermeiden. Das Problem der Unfallverhütung und die übrigen Fragen können aber einer befriedigenden Lösung erst zugeführt werden, wenn zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft

eine wahre Arbeitsgemeinschaft

herbeigeführt wird.

Ministerialrat Hatzfeld vom preußischen Handelsministerium gibt dem tiefen Beileid der preußischen Staatsregierung Ausdruck. Der Redner war selbst am Unglücksort und gibt eine ergänzende Schil-